

Springe direkt zu:

- [Navigation](#)
- [Suche](#)
- [Seiteninhalt](#)

Güterbahntrasse: Was ist bislang geschehen?

Die Berichterstattung über die Überlegungen der Bahn und des Bundes, eine Güterbahntrasse durch das Gebiet der Stadt Burgwedel zu bauen, beunruhigt in nachvollziehbarer Weise viele Burgwedelerinnen und Burgwedeler.

Insofern ist es sehr wichtig, dass mit Transparenz und Fakten über den Sachstand informiert wird. Die Stadt Burgwedel ist bemüht, alle verfügbaren Informationen möglichst schnell an die Öffentlichkeit weiterzuleiten.

Was ist bislang geschehen?

Vor ca. anderthalb Jahren wurde in den lokalen Printmedien berichtet, dass die Y-Trasse die Neubaugebiete in Kleinburgwedel, Wettmar und anderen Ortschaften beeinträchtigen werde. Dieses trifft nicht zu, denn das Raumordnungsverfahren für die Y-Trasse ist durchgeführt und betrifft das Stadtgebiet von Burgwedel nur sehr am Rande. Auswirkungen auf die Neubaugebiete können ausgeschlossen werden.

Allerdings ist im Zuge dieser Berichterstattung die Stadt auf ein Gutachten, welches im Auftrag der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen erstellt wurde, gestoßen, das eine Umfahrung des Knotens Hannover für den Güterverkehr empfiehlt. Hintergrund ist, dass entgegen den ursprünglichen Planungen, die Y-Trasse nunmehr auch für den Güterverkehr genutzt werden sollte. Da in dem Gutachten eine Trassenführung schematisch skizziert war, die durch die ländlich geprägten Bereiche unserer Stadt führte, hat Bürgermeister Dr. Hoppenstedt sich unter anderem an die zuständige Tochter der Deutschen Bahn AG, die DB Netz, gewandt, um zu erfahren, inwieweit die Verbindungskurve aus dem Gutachten eine Option für die DB Netz darstellt. Im Bundesverkehrswegeplan war die Umfahrung Hannovers mit der Verbindungstrasse noch nicht enthalten.

Mit Antwort vom 20. Februar 2009 hat die DB Netz mitgeteilt, dass eine Umfahrung des Knotens Hannover aus ihrer Sicht vorteilhaft wäre. Ein möglicher Lösungsansatz könnte eine neue Verbindung von der geplanten Y-Trasse an die Strecke Celle-Lehrte sein. In diesem Sinne bestehe eine Übereinstimmung mit Untersuchungsergebnissen der Bauindustrie-Studie. Es wird weiter darauf hingewiesen, dass entsprechende Abstimmungen mit dem Bund noch nicht durchgeführt wurden. Das aber sei grundsätzliche Voraussetzung für die Aufnahme des Projektes in die Bedarfsplanung. Weiter heißt es, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Aussagen zu Planungsschritten zu einer Umfahrung des Knotens Hannover getroffen werden können.

Aufgrund der Berichterstattung der Nordhannoverschen Zeitung vom 15.11.2010 hat die Bahn nunmehr folgende Neuigkeit bestätigt: *„Es ist richtig, dass es seitens des Bundes und der DB Netz AG Überlegungen gibt, dass die Y-Trasse zwischen Hamburg, Bremen und Hannover gegenüber der Ursprungskonzeption verstärkt für den Güterverkehr genutzt werden soll. Es wird daher eine Verlängerung der Y-Trasse von Isernhagen in den Raum Lehrte geplant, die dem Güterverkehr vorbehalten sein wird. Zurzeit werden Varianten der Führung dieser Verlängerungstrassen und ihre Auswirkungen auf den Knoten Lehrte mit eventuell erforderlichen infrastrukturellen Erweiterungen des Knotens Lehrte erarbeitet. Wie die Strecke aus dem Y im Bereich Großburgwedel/Isernhagen genau ausfädelt und wo sie in die vorhandenen Strecken wieder eingebunden wird, ist derzeit überhaupt nicht abschließend untersucht worden. Wir werden jetzt die Planung beginnen und die möglichen Varianten dann in einem Raumordnungsverfahren landesplanerisch bewerten lassen. In diesem Verfahren erfolgt dann selbstverständlich auch die weitgehende Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit“*, so die Bahn in einem Brief an Frau Dr. Maria Flachsbarth, CDU-Bundestagsabgeordnete.

Dr. Hoppenstedt bewertet es als überaus schlechten Stil, dass Bund und Bahn nunmehr einen generellen Beschluss für eine solche Trasse gefasst haben, ohne die Stadt Burgwedel und andere betroffene Kommunen bis heute darüber zu informieren. Die Stadt Burgwedel bleibt dabei: *„Wir wollen keine Trasse durch unser Stadtgebiet. Erst recht ist eine Trassenführung, die unsere Ortschaften zerschneidet und die Lebensqualität vieler Bürgerinnen und Bürger reduzieren wird, völlig indiskutabel.“*

Um die Interessen der Stadt bestmöglich und von Anfang an zu vertreten, ist eine renommierte Rechtsanwaltskanzlei zwecks Rechtsberatung beauftragt worden.

Meldung vom 26.11.2010

[ZURÜCK](#)